

HEESEN: STAAT MUSS ETWAS GEGEN SEINE NACHWUCHSSORGEN TUN

Die Nachwuchssorgen im öffentlichen Dienst erfordern nach Auffassung des dbb schnelles Handeln. „Wir müssen etwas tun“, sagte Bundesvorsitzender Peter Heesen den „Westfälischen Nachrichten“ (Ausgabe vom 11. Februar 2011). „Denn wir werden in den kommenden zehn Jahren fast 20 Prozent der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes verlieren. Wenn man das auf die derzeitige Zahl von 3,6 Millionen Bediensteten hochrechnet, sind das über 700.000 junge Menschen, die wir als Nachwuchs gewinnen müssen. Und das in einer Zeit, in der das Angebot auf dem Arbeitsmarkt wegen der Geburtenentwicklung drastisch zurückgehen wird. Da müssen wir uns etwas einfallen lassen. Das heißt: Wir müssen die Bezahlung attraktiv gestalten. Wir müssen wieder mehr intern ausbilden. Wir müssen die Krisensicherheit des Arbeitsplatzes wieder stärker in den Vordergrund stellen. Wir müssen um Nachwuchs werben – er kommt nicht mehr von selbst“, sagte Heesen.

„Alle, die jetzt von Steuererleichterungen reden, missachten, was der Staat notwendigerweise leisten muss“, so der dbb Chef weiter. „Das Geld des Steuerzahlers geht in hohem Maße in den Schuldendienst und nicht in die staatliche Leistung. Wir müssen uns also in der Haushaltspolitik neu besinnen. Denn der Bürger hat einen Anspruch darauf, dass zum Beispiel die Lebensmittel in Ordnung sind. Das gerät in Gefahr, wenn uns zunehmend das nötige Kontrollpersonal fehlt.“

Nach der Föderalismusreform sei zudem ein Einkommensgefälle von bis zu zehn Prozent zwischen den Ländern festzustellen - Tendenz steigend.

„Es gibt erste Erkenntnisse aus den östlichen Bundesländern, dass viele Bedienstete, die dort ausgebildet wurden, abwandern – zum Beispiel von Sachsen-Anhalt nach Hessen. Der Osten ist der große Verlierer im Wettbewerb der Länder, aber auch Länder wie Bremen, das Saarland, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein geraten ins Hintertreffen.“

Zur laufenden Tarifrunde für die Beschäftigten der Länder sagte Heesen, der Tarifabschluss bei VW mit einem Plus von insgesamt 4,2 Prozent könnte durchaus ein Signal für den öffentlichen Dienst sein. „Wir wünschen uns, dass wir auch in diese Richtung gehen. Und ich bin optimistisch, dass wir ein gutes Ergebnis bekommen werden.“ Dass die anstehenden Landtagswahlen das Gesprächsklima begünstigen, zeige das Beispiel Baden-Württemberg:

„Die Regierung in Stuttgart hat verstanden, dass man den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes bei der Frage der Einkommensentwicklung entgegen kommen muss.“ Man wisse auch dort, „dass wir dringend Nachwuchs gewinnen müssen, und das geht nur mit guten Tarifen“.

Das Interview im Wortlaut unter http://dbb.de/dbb-beamtenbund-2006/3159_3009.php

Redaktion: Cornelia Krüger

Herausgeber: dbb Bundesleitung, Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin Sie können das Abonnement Ihres Newsletter jederzeit unter <http://infomail.dbb.de/sProf?mecl=pXVLycGqmSS5TJDtnD9SobQ0yBUN0E8p> ändern.

Sollten Sie Fragen oder Anregungen zum dbb newsletter haben, wenden Sie sich bitte an die dbb Internetredaktion unter <http://www.dbb.de/dbb-beamtenbund-2006/3139.php>